

Rey, Jean

Article — Digitized Version

Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Rey, Jean (1970) : Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 4, pp. 212-214

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134104>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr

Interview mit Jean Rey, Präsident der EWG-Kommission, Brüssel

Herr Präsident, der Pessimismus über die zukünftige Entwicklung der EWG schlug nach der Haager Gipfelkonferenz plötzlich in Euphorie um. Hat sich dieser Optimismus, der von dem Gipfeltreffen ausging, inzwischen bewahrheitet?

Ich freue mich, daß Sie diese Frage gleich zu Anfang stellen. Meine Kollegen in der Kommission und ich haben niemals geglaubt, daß die EWG im Frühling 1969 kurz vor dem Zusammenbruch stand. Wir wußten, daß wir uns in der vierten Krise befanden, aber wir hatten keinen Grund zu der Annahme, daß wir aus der vierten Krise nicht, genauso wie aus den drei vorherigen, herauskommen würden.

Wir haben uns im Frühjahr geweigert, die EWG-Übergangsperiode zu verlängern. Die Mitgliedstaaten, der Rat, das Europa-Parlament und die Kommission wurden dadurch gezwungen, enorme Anstrengungen zu machen, um die ausstehenden Probleme zu lösen. So war es absolut notwendig, die endgültige Regelung der Agrarfinanzierung zu erarbeiten. Dabei mußte die Frage der eigenen Finanzmittel und der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments entschieden werden und eine grundsätzliche Entscheidung über die Erweiterung der Gemeinschaft fallen. Das war das Problempaket Ende des Jahres. Es ist uns gelungen, einige Lösungen zu diesen Fragen zu finden. Dazu hat der Geist von Den Haag beigetragen. Während der Gipfelkonferenz haben sich die Staats- und Regierungschefs, wie Sie wis-

sen, über die zukünftige politische und wirtschaftliche Orientierung in der EWG geeinigt. Dieser Geist von Den Haag ist immer noch zu spüren.

Agrarproblem

Kommen wir zum Agrarproblem. Eine Finanzierungsregelung ist zwar getroffen worden, aber das Problem der Agrarüberschüsse ist bis heute nicht gelöst. Glauben Sie, daß in diesem Zusammenhang der Mansholt-Plan in absehbarer Zukunft gute Realisierungschancen hat?

Wir müssen zwei Probleme unterscheiden, nämlich die Frage der Überschüsse und die Frage nach der Verwirklichung des Mansholt-Plans. Sie sind natürlich in gewisser Weise miteinander verbunden, aber sie sind doch zwei verschiedene Dinge. Über die Überschüsse sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden, und das ist eine der Sorgen der Kommission. Die Agrarminister haben zwar große Anstrengungen unternommen, aber noch keine Lösung gefunden.

Der Mansholt-Plan ist etwas anderes. Er ist ein Versuch, eine Reform der Agrarstrukturen durchzuführen. Wir werden nunmehr damit beginnen, diesen Plan in konkrete Vorschläge umzuwandeln, und haben guten Grund zu glauben, daß er in der nächsten Zeit auch durchgesetzt wird. Wahrscheinlich nicht in seiner Originalform, die ja zunächst dazu bestimmt war, die Reaktion der Außenwelt, der Parlamente, des Parlaments von Straßburg, der Bauernverbände

und anderer beteiligter Gruppen und damit Möglichkeiten und Grenzen zu erkunden. In der Zwischenzeit haben wir viele Erkenntnisse aus dieser Diskussion gewonnen. Sie werden selbstverständlich in unseren konkreten Vorschlägen Berücksichtigung finden.

Differenzen mit den USA

Die Agrarüberschüsse sind besonders den USA ein Ärgernis. Sie werfen der EWG vor, daß sie ihnen alte traditionelle Absatzmärkte z.T. durch, wie sie sagen, subventionierte Ausfuhren streitig machen. Der von der EWG vorgesehene Sonderzoll auf pflanzliche Öle und Fette würde z.B. die Sojabohnen-Ausfuhr der amerikanischen Staaten, deren Wert immerhin etwa 500 Mill. \$ beträgt, sehr berühren, so daß der US-Handelsminister mit Gegenmaßnahmen bereits gedroht hat. Es sieht ja schon beinahe so aus, als ob ein Handelskrieg bevorsteht. Wie sehen Sie das Problem?

Ich habe niemals ganz verstanden, warum die US-Agrarsubventionen eine Tugend sein sollen und unsere eine Sünde. Seit Ende der Kennedy-Runde im Mai 1967 haben die Schwierigkeiten auf beiden Seiten zugenommen. Ich habe niemals behauptet, daß jede Kritik von außen ungerecht war und daß wir frei von Fehlern sind. Trotz der vielen Kontaktgespräche und Verhandlungen, die zwischen uns und unseren Freunden in den USA stattgefunden haben, nähert sich die Zeit, da wir auf hoher Ebene versuchen sollten, eine Bestandsaufnahme

unserer Schwierigkeiten vorzunehmen, um zu versuchen, gerechte Lösungen zu finden.

Meinen Sie, daß eine neue Zollsenkungsrunde zumindest zwischen EWG und USA wahrscheinlich ist, noch bevor einige Hauptprobleme der Kennedy-Runde, z. B. das American Selling Price System, überhaupt gelöst worden sind?

Das scheint mir nicht wahrscheinlich, da unsere Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten weniger auf dem Zollgebiet als auf nichttarifärem Gebiet liegen. Sie sprachen z. B. schon das American Selling Price System an. Aber auch auf dem Gebiet des Agrarsektors und der Handelsbeziehungen im Mittelmeer gibt es Meinungsverschiedenheiten. Dennoch glaube ich, daß all diese Probleme gründlich mit den Amerikanern diskutiert werden können.

Sorgenkind Euratom

Wir haben mit Landwirtschaft und Handelsektor bereits zwei Sorgenkinder angesprochen. Das dritte, das nicht fehlen darf, ist Euratom. Über den mutmaßlichen Zusammenbruch von Euratom hat es in der Presse genügend Schlagzeilen gegeben. Glauben Sie, daß die Existenz dieser Gemeinschaft überhaupt auf lange Sicht noch gesichert werden kann?

Euratom ist nicht zusammengebrochen. Euratom existiert. Es funktioniert z. B. auf dem Gebiet der Kontrolle und auf dem Gebiet der Versorgung von Spaltmaterial. Allerdings gab es Schwierigkeiten hinsichtlich des gemeinsamen Forschungszentrums. Diese haben der Euratom-Kommission das Leben sehr schwer gemacht, und mein zuständiger Kollege, Vizepräsident Hellwig, hat in den letzten zwei Jahren größte Schwierigkeiten gehabt. Doch ist während der Gipfelkonferenz der Beschluß

gefaßt worden, daß man das Forschungszentrum nicht auflösen, sondern umstrukturieren muß. Diese Umstrukturierung des Zentrums ist ein Prozeß, der uns, so glaube ich, mehrere Jahre beschäftigen wird. Deshalb scheint es mir ein wenig verfrüht, in diesem Augenblick mehr zu sagen.

Mehrheitsentscheidung in Sicht

Kürzlich trafen sich die Wirtschafts- und Finanzminister, um die Möglichkeiten einer Harmonisierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik mit dem Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion anzustreben. Nun ist ja wohl eines der Hauptprobleme, einen Weg zu finden, um zu Mehrheitsentscheidungen innerhalb des Ministerrats zu kommen. Wie sehen Sie da die Aussichten?

Wir haben inzwischen vier Pläne auf dem Tisch, darunter den Plan der Kommission. Wir werden alle diese Pläne parallel überprüfen, und ich habe gute Gründe zu glauben, daß man letztlich zu einer Einigung gelangt, die den Nuancen all dieser Pläne Rechnung trägt.

Und die Beschlußfassung?

Was das angeht, so haben wir dieses Problem nicht nur auf dem Währungsgebiet, sondern ganz speziell bei der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft. Die Kommission hat die Meinung vertreten, daß man die Institutionen der Gemeinschaft in diesem Jahr verstärken und zu Mehrheitsbeschlüssen kommen muß. Ich meine, daß wir heute eine gute Möglichkeit haben, zu einer befriedigenden Lösung dieser Probleme zu kommen. Jedenfalls ist es völlig unmöglich – und jeder Beteiligte weiß das – z. B. die Gemeinschaft zu erweitern und dann immer noch ein System zu haben, in dem ein Rat von zehn Mitgliedern mit Einstimmigkeit

beschließen soll. Das funktioniert einfach nicht mehr. Das ist unmöglich.

Koordinierung der Wirtschaftspolitik

In dem Zusammenhang ist es interessant, daß Herr Schiller mit seinem Währungsplan gefordert hat, Währungsparitäten ab 1975 nur noch nach Konsultierung aller Teilnehmer zu ändern. Dagegen haben die Franzosen sofort opponiert. Glauben Sie, daß solche nationalen Strömungen sich in einer Gemeinschaft überhaupt einmal vermeiden lassen?

Wen meinen Sie, wenn Sie sagen: die Franzosen?

Nun, ganz generell die französische Öffentlichkeit!

Aber das, was Sie meinen, ist doch lediglich ein Teil der Presse. Das sind Einzelmeinungen, keine Beschlüsse. In Den Haag wurde einstimmig die Verwirklichung eines zur Wirtschafts- und Währungsunion führenden Stufenplans beschlossen. Wenn man jetzt sagt, die Franzosen werden das nicht akzeptieren oder die Deutschen jenes, so ist das einfach eine Verzerrung der Tatsachen, um so mehr, als die verantwortlichen Minister die verschiedenen Entwürfe insgesamt mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und ihre Verschmelzung zu einem gemeinsamen Entwurf in Auftrag gegeben haben. Die hierzu unter dem Vorsitz des luxemburgischen Staats- und Finanzministers Werner eingesetzte Arbeitsgruppe hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen.

Das hört sich wesentlich optimistischer an als das, was man lesen kann. Geht Ihr Optimismus so weit, daß Sie es auf lange Sicht für möglich halten, in der EWG etwas Ähnliches wie das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zu schaffen?

Das Hauptproblem dabei wäre ja nicht die Schaffung eines solchen Gesetzes, sondern die Übertragung der entsprechenden Kompetenzen auf Gemeinschaftsorgane, um ein solches Gesetz auch durchzuführen.

Ich glaube, die Arbeiten im Ausschuß für mittelfristige Wirtschaftspolitik zielen in die gleiche wirtschaftspolitische Richtung. Wenn Sie die jüngsten Veröffentlichungen über den Stufenplan der Kommission gelesen haben, wissen Sie, wie wir uns die weitere Entwicklung vorstellen. Jedenfalls kommen wir mit der Zeit nicht um eine äußerst enge Koordinierung der Wirtschaftspolitik herum. Nach meiner Ansicht wird dies spätestens Ende dieses Jahrzehnts in jeder Hinsicht verwirklicht sein, wenn wir über die Währungseinheit zu einer wirklichen europäischen Einheit kommen werden.

Das würde also bedeuten, daß Sie dann auch in den Kompetenzbereich einzelner Regierungen eingreifen werden?

Ja, jeder weiß das. Aber das ist auch schon in der Vergangenheit passiert. Alle gemeinschaftlichen Beschlüsse, z. B. die nach der Abwertung der französischen Währung und nach der Aufwertung der deutschen Mark, sind doch wohl Beweise dafür.

Beitrittsgespräche ohne Verzögerungen

Angesichts Ihres Optimismus, Herr Präsident, bleiben wir doch gleich bei der Zukunft. Vor der EWG-Tür drängen sich die Bewerber. Sollte man mit ihnen nun vor Erreichen der EWG-Endphase noch Integrationsgespräche führen, oder sollte man sie in einigen Jahren einfach vor vollendete Tatsachen stellen — vor eine Gemeinschaft, mit deren Bedingungen sie sich abzufinden haben?

Die Beschlüsse, meine Herren, die am Ende des Jahres darüber getroffen worden sind, waren ganz klar. Man will die Übergangszeit zu Ende bringen, ehe man in Verhandlungen eintritt. Aber man will nicht die endgültige Vollendung abwarten, bevor man an die Erweiterung denkt. Diese Dinge laufen parallel. So hat man nie gesagt, daß erst die Wirtschafts- und Währungsunion verwirklicht werden sollte, ehe über Erweiterung gesprochen wird. Denn die Realisierung dieses Plans wird wohl 8 Jahre in Anspruch nehmen. Niemand in der Gemeinschaft will die Frage der Erweiterung bis dahin vor sich herschieben.

Glauben Sie, daß konkrete Beitrittsverhandlungen mit England, Irland, Dänemark und Norwegen noch in diesem Jahr kommen werden? Oder wird man sich weiter auf der Ebene der Vorgespräche bewegen?

Nein, man hat in Den Haag beschlossen, daß nach einer Vorbereitung von sechs Monaten etwas geschehen wird. Und ich habe wirklich keinen Grund zu glauben, daß dieser Termin überschritten werden wird. Die Arbeiten gehen voran. Zwar kommt es immer noch zu Meinungsverschiedenheiten, aber ich glaube nicht, daß sie so bedeutend sind, daß sie wirklich zu einer Verzögerung der Gespräche führen. Mitte dieses Jahres werden die Verhandlungen mit den vier Kandidaten anfangen. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Verhandlungen mit England in der Zwischenzeit nicht eine gewisse Priorität haben. Denn von ihrem Ausgang hängen die anderen ja in gewisser Weise ab.

Keine Ausweitung der Präferenzabkommen

Gestatten Sie noch eine Frage zum Yaoundé-Assoziierungsab-

kommen, Herr Präsident. Die Präferenzen, die den Assoziierten eingeräumt worden sind, werden nicht nur von anderen Entwicklungsländern kritisiert, sondern auch von den USA. Sind diese Vorwürfe gerechtfertigt?

Nun, zunächst habe ich nicht den Eindruck, daß das Yaoundé-Abkommen von den Vereinigten Staaten wirklich ernsthaft kritisiert wird. Ich glaube, die Kritik der Vereinigten Staaten richtet sich vielmehr gegen die Ausdehnung dieses Abkommens. Im Bereich des Yaoundé-Abkommens haben uns die Amerikaner in den letzten zehn Jahren keine Schwierigkeiten gemacht. Ihre Sorge — und die können wir verstehen — geht allein dahin, wie weit dieses Abkommen noch ausgedehnt wird, ob aus einem Präferenzabkommen zwei, drei oder zehn werden, so daß man schließlich wirklich nicht mehr weiß, was noch mit den Regeln des GATT vereinbar ist. Wir haben diese Frage daher im GATT kürzlich konkret besprochen. Und außerdem diskutiert man diese Probleme gerade jetzt zwischen der EWG und Washington.

Wir wollen weiterhin einen liberalen Welthandel, und wir werden dessen Prinzipien absolut treu bleiben. Das ist keine Frage. Präferenz-Abkommen sind deshalb auch für uns Ausnahmen. Aber auch diese Ausnahmen haben wir den USA nachdrücklich erklärt, um unserem Partner wirklich Sicherheit über unser Verhalten zu geben. Die Gemeinschaft wird z. B. auf keinen Fall Präferenzabkommen mit Asien, mit anderen afrikanischen oder lateinamerikanischen Ländern abschließen. Wir konzentrieren uns nur auf drei Gebiete, erstens auf unsere Assoziierten in Afrika, zweitens auf die Integration in Europa und drittens auf die Assoziierten im Mittelmeerraum.